

Den Wirtschaftsstandort Bremen stärken

Die Junge Union Bremen fordert ein umfassendes Konzept, um die Attraktivität der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven zu stärken. Dieses soll eine Senkung und fortlaufende Überprüfung des Gewerbesteuer-Hebesatzes sowie umfangreiche Maßnahmen zur Digitalisierung der Bremer Behörden beinhalten. In diesem Kontext ist ein weitreichender Bürokratieabbau unabdingbar. Weiterhin setzen wir uns für eine unverzügliche Fertigstellung der A281, ein konkretes Konzept für die Lesumbrücke auf der A27, einen zeitnahen und flächendeckenden Breitbandausbau sowie eine baldige Installation von 5G-Mobilfunkmasten ein. Wir bekennen uns zu einer wirtschaftsfreundlicheren Politik und sehen die Einführung neuer gesetzlicher Feiertage kritisch.

Das Konzept soll durch die Kommission für Wirtschaft, Häfen & Verkehr der Jungen Union Bremen präzisiert werden.

Begründung:

Die Zeichen stehen schlecht für Bremens Wirtschaft: Kontinuierlich verlassen immer mehr Unternehmen das Bundesland und ziehen ins niedersächsische Umland. Anstatt die Probleme anzugehen, sieht der Koalitionsvertrag des rot-grün-roten Senats ein „weiter so“ und keinesfalls einen Aufbruch vor. Hinzu kommt eine Senatorin für Wirtschaft, Arbeit & Häfen der Linken, sodass sich bestehende Unternehmen stets Sorgen um Planwirtschaft und Enteignung machen müssen und potenzielle Unternehmen den Standort meiden. Es liegt an uns Alternativen aufzuzeigen, durch die Bremen wieder attraktiv wird.

Der Gewerbesteuer-Hebesatz beträgt in Bremerhaven 460 %, in Bremen sogar 470 % und liegt damit deutlich über dem niedersächsischen Durchschnitt. Anstatt logischerweise über eine Senkung nachzudenken, entsprechen diese Hebesätze sogar einer Steuererhöhung für die Jahre 2018/19, um die desolante Finanzplanung des bisherigen Senats zu kompensieren. Wäre Bremen allein in Deutschland und hätte eine hohe Anziehungskraft auf Unternehmen sowie Fachkräfte, könnte der Senat den Hebesatz nach Belieben anpassen. Tatsächlich ist Bremen jedoch ein kleiner Stadtstaat inmitten vieler konkurrierender Gemeinden, weshalb auch eine Anpassung hinsichtlich der Wettbewerber notwendig ist. Insbesondere die an Bremen und Bremerhaven angrenzenden Städte und Gemeinden verlangen einen deutlich geringeren Hebesatz. Deshalb darf keine weitere Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes erfolgen. In jedem Fall muss das Ausgangsniveau in Höhe von 460 % aus dem Jahr 2017 wieder erreicht werden. Weiterhin scheint eine fortlaufende Überprüfung des Hebesatzes, insbesondere unter Berücksichtigung umliegender Gemeinden, notwendig, sodass gegebenenfalls auch eine leichte Absenkung durchgeführt werden kann.

Die Digitalisierung ermöglicht vollkommen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Interaktion. Dies verspricht erhebliches Potenzial, sollten die bremischen Behörden auf den Stand der Technik, am besten sogar darüber hinaus, gebracht werden. Dadurch werden effizientere Prozesse und somit erhebliche Kosteneinsparungen möglich, beispielsweise durch geringe Ausgaben für Druckerpapier und Patronen – die Kosten

hierfür betragen in den Verwaltungen der Stadt Bremen laut Hochrechnungen fast 400.000 Euro jährlich. Die effizienteren Prozesse haben auch für die Unternehmen und Bürger umfassende Vorteile, die zeitnah und vor allem ohne langwierige Kommunikation eine Rückmeldung bekommen können. Das Ziel sollte es sein, den Behördengang in naher Zukunft problemlos online zu erledigen. Hier hat Bremen als kleinstes Bundesland enormes Potenzial und die Möglichkeit, durch Pilotprojekte ausnahmsweise positiv im Bundesgebiet aufzufallen. Die Digitalisierung der Kundeninteraktion ermöglicht in Kombination mit der Digitalisierung der internen Prozesse ein grundlegend neues digitales Geschäftsmodell von Unternehmen. Wieso sollte dies nicht auch für Behörden möglich sein?

Das Land Bremen ist bekannt für den desaströsen Zustand seiner Infrastruktur. Nur wenige Straßen haben keine Schlaglöcher – ganz abgesehen von dem katastrophalen Zustand der Autobahnen. Diese Schäden sind nicht nur optisch vorhanden, die bremischen Verkehrswege fallen auseinander. Die Bremer Wirtschaft wartet schon seit Jahren auf den versprochenen Ringschluss durch die Fertigstellung der A281. Statt über eine autofreie Innenstadt zu sinnieren, sollte sich ernsthaft Gedanken um den derzeitigen Zustand der A27 gemacht und hierfür Lösungen entwickelt werden. Bis heute ist nicht bekannt, wie viele Jahre die Staus auf der Lesumbrücke noch anhalten werden. Um die Planungssicherheit der Bremer Unternehmen wiederherzustellen, sind langfristig geplante Ansätze unabdingbar. Eine intelligente Verkehrsführung mit Ampeln, die durch genetische Algorithmen selbst lernen oder mit Fahrzeugen kommunizieren, kann die Staus in Bremen drastisch reduzieren. Unerlässlich für eine moderne Infrastruktur ist zudem der schnelle und flächendeckende Breitbandausbau sowie die Installation von 5G-Mobilfunkmasten innerhalb des gesamten Bundeslandes. In diesem Kontext ist es fast schon selbstverständlich, dass Bremen nicht Teil der sechs bundesweiten, mit 44 Millionen Euro geförderten, 5G-Modellregionen ist. Es fehlt offensichtlich an Mut, Kreativität und vor allem an Initiative seitens der Regierung für das Land Bremen.

Im Vergleich zu vielen südlicheren Wirtschaftsstandorten verfügt Bremen über zwei große Standortvorteile: Zugang zum Meer und niedrigere Lohnkosten. Letzteres ist auch dadurch bedingt, dass in Bremen bis vor kurzem fünf gesetzliche Feiertage weniger als in Bayern vorgeschrieben waren. Neuerdings sind es nur noch vier. Jedem Arbeitnehmer seien weitere Feiertage gegönnt, doch bedeuten diese auch enorme Kosten für die Wirtschaft. In Anbetracht einer konsequenten Standortpolitik scheinen weitere gesetzliche Feiertage fragwürdig. Der Lohnvorteil gegenüber den südlichen Bundesländern kann hierunter leiden.

Die Konjunkturaussichten in Deutschland verschlechtern sich, dies wird auch nicht an Bremen vorbeigehen. Nun kommt es darauf an, die Wirtschaft endlich wieder zu stärken.